

Anmerkungen zur Reichweite Politischer Theorie

Kommentar zu Volker M. Heins' *Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie*

Emanuel Richter*

Die Politische Theorie als Wissenschaftsdisziplin sieht sich immer wieder dem Verdacht ausgesetzt, einem Modell-Platonismus zu huldigen: Sie konstruiere ein erfahrungswissenschaftlich immunisiertes Erkenntnissubjekt, zumeist personifiziert in Gestalt von belehrend auftretenden, im Jargon der Unverständlichkeit kommunizierenden Fachvertreterinnen und -vertretern, das beansprucht, ein unangreifbares Wissen über die Realität hervorzubringen und sich so gegenüber dem Alltagsverstand überlegen zu zeigen. Die genaue Beobachtung der Realität weiche einem abstrakten Erklären, das die Vielschichtigkeit der Praxis nicht abbilde, sondern sich ihr gegenüber durch generalisierte Aussagen immunisiere. Was nicht zum Modell passt, werde kurzerhand als Standardabweichung verbucht. Insofern stelle sie keine Orientierungshilfe für handelnde Menschen bereit, sondern gebe sich der Feier auf die Komplexität von Theoriegebäuden hin, die untereinander um die innere methodische Stimmigkeit konkurrieren und davon so absorbiert sind, dass darunter der gesellschaftliche Erklärungswert leidet.

Volker Heins scheint diesen Verdacht zu teilen und tritt gleichzeitig entsprechenden Tendenzen entschlossen entgegen. Er erinnert daran, dass die „moderne Politische Theorie“ als ein „realistisches Weltverbesserungsprogramm“ (Heins 2015: 75) entstanden sei, und versteht seinen Beitrag als Erläuterung zu der Aufforderung, diesem Anspruch nachzustreben. Dabei bemüht er den schillernden Begriff des ‚Fortschritts‘, der allerdings technologisch vereinnahmt ist und den Blick eher auf Rationalitäten und Dynamiken ablenkt, die einseitigen Imperativen der Komplexitätsbewältigung durch Maschinen und Apparate gehorchen. Das aber hat Heins gar nicht im Sinn, insofern erscheint mir der Verweis auf den „Fortschritt“ missverständlich. Aber in der Sache erscheint sein Anliegen völlig berechtigt. Gleichwohl fällt es nach meiner Einschätzung noch zu ‚konkretistisch‘ aus, denn Heins identifiziert in Gestalt der politischen Stabilität, der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls „Güter“, die nach seiner Überzeugung den Gegenstandsbereich der Politischen Theorie umreißen und um deren Pflege sich die Politische Theorie normativ zu sorgen habe. Ich möchte daher drei Akzente setzen, die als Empfehlung zur gleichzei-

* Prof. Dr. Emanuel Richter, RWTH Aachen
Kontakt: richter@ipw.rwth-aachen.de

tigen Erweiterung und Binnendifferenzierung von Heins' Programm zu verstehen sind. Ich habe erstens die vertiefte Reflexion darüber vor Augen, wie eine bereichsspezifische explikative Theorie und eine allgemeine normative Gesellschaftstheorie aufeinander bezogen sind. Zweitens habe ich den Anreiz einer Politischen Theorie im Sinn, durch Erklärungen zum politischen Handeln beizutragen. Drittens schwebt mir pointierter als bei Heins der Anspruch vor, zu einer Transformation von Akteuren und der politischen Sphäre beizutragen und emanzipatorische Perspektiven zu eröffnen.

1. Politische Theorie und Gesellschaftstheorie

Politische Theorie erscheint dann am wenigsten umstritten, wenn sie sich auf Teilbereiche der Politik konzentriert und analytische, explikative und normative Beiträge zu deren Verständnis leistet. Welchen Erwartungen aber muss eine politische Theorie genügen, wenn sie die Gesellschaft als Ganze in den Blick nimmt, also die Muster gesellschaftlicher Integration systematisch zu betrachten versucht und vielleicht auch noch beansprucht, sie unter dem Anspruch einer normativen Klassifikation und Bewertung von Triebkräften, Dynamiken und Pathologien kritisch zu durchleuchten? Heins hegt gegenüber der Politischen Theorie die Erwartung, die „großen ideellen Zusammenfassungen“ mit den „eigensinnigen Realitäten“ verknüpfen zu können (ebd.). Eine solche Politische Theorie muss ein dezidiertes Verständnis von Mustern gesellschaftlicher Prozesse und politischen Handelns geltend machen. Sie richtet den Blick auf einen Wirkungszusammenhang, unter dessen Gesamtheit die Segmente differenzierter Interaktionsprozesse angesiedelt sind und in ihrer Interdependenz erkennbar werden.

Wie aber lässt sich diese Rahmenperspektive gewinnen, wo doch jeglicher Anspruch, sie einnehmen zu können, einen externen Beobachterstatus erfordert, der sich gewissermaßen selbst gegenüber der Gesellschaft als dem Untersuchungsobjekt abhebt? Wie will man eine Logik interaktiver Grundmuster identifizieren, in deren eigenem Modus man unweigerlich befangen ist, wenn man Aussagen über ihre Funktionsweise trifft? John Dewey, Cornelius Castoriadis, Ernesto Laclau, James Tully oder Oliver Marchart sind als Referenzautoren zu benennen, wenn es um die Konzeptualisierung einer solchen Möglichkeit geht, aus der Innenperspektive über ‚gesellschaftliche Totalität‘ zu sprechen. Die Lösung liegt in dem Verweis auf eine *Imagination* von einem Ganzen, dessen Textur in allen Segmenten gesellschaftlicher Integration enthalten ist, ohne unmittelbar in seiner Gesamtheit erkannt werden zu können. Der Bezug auf das Ganze der Gesellschaft ist ein vorgestellter Bezugspunkt allen Wissens, der die einzelnen Handlungskontexte aneinander bindet und als Hintergrund ihrer Verknüpfung daraus herauszulesen ist. John Dewey (2001: 136) verleiht dem Ausdruck mit der Behauptung, das „Wissen“ sei eine „Funktion von Assoziation und Kommunikation“.

Daraus ergibt sich kein fundamentaler Agnostizismus, der jegliche Möglichkeit zur Erlangung von Gewissheiten verwirft, sondern eine Erkenntnisgewissheit auf Widerruf, die die Geltungskraft von plausiblen Gründen als „vorläufige Gewissheit“ im Rahmen partikularer Geltungsbereiche anerkennt (Fischer 2014: 128). Der kulturspezifische ‚Soziozentrismus‘ des Erkennens muss als unüberwindbar gelten; aber dennoch fordert er zum beständigen Versuch heraus, seine Idiosynkrasien zu tilgen und das darin enthaltene Kontingente, Partikulare und Willkürliche zu überwinden oder zumindest temporär zu eliminieren (Castoriadis 1990: 61). Die Dialektik von Vernunft und Wirklichkeit „[...]

muss auf Geschlossenheit und Vollendung verzichten und die restlose Erfassung der Welt durch ein System zurückweisen. Um der rationalistischen Illusion zu entgehen, muss sie Ernst machen mit dem Gedanken, dass es Unendliches und Unbestimmtes gibt; ohne deshalb vor der Anstrengung zu kapitulieren, hätte sie zuzugeben, dass jede rationale Bestimmung einen unbestimmten und nicht-rationalen Rest übrig lässt“ (ebd.: 91). Auf diesen Einsichten gründet eine „postfundamentalistische“ Erkenntnistheorie: Wir müssen „[...] das ultimative Scheitern aller Grundlegungsbemühungen“ akzeptieren und dennoch an ihnen festhalten (Marchart 2010: 331).

Das führt zu einer Ausgangskonstellation, in der sich eine *hermeneutische* Spannung zwischen dem Interpretationshorizont eines Ganzen und dem partikularistischen Kontext seines Erkennens aufbaut (Sigwart 2012). Das Erkennen des Ganzen geht aus einer Rekonstruktion von ‚Bedeutung‘ hervor, es findet eine zugleich imaginäre und reale Schöpfung von Bedeutungshaftigkeit statt (Castoriadis 1990: 220, 265 ff.). Diese Spannung wird von dem Prozess der Sinnerschließung endlos fortgeführt, ohne aufgelöst werden zu können (Laclau 1990). Insofern lassen sich die Begriffe, in denen man die politische Realität erfasst, nicht aus ‚kontextunabhängigen Regeln‘ gewinnen. Sie gehen vielmehr aus einer Suche nach Gründen und Plausibilitäten hervor, die genauso in „Praktiken“ eingebunden ist wie das konkrete politische Handeln von Bürgerinnen und Bürgern (Tully 2009: 33; Bourdieu 1987: 55). Gerade dadurch gelangen wir zu einem Bewusstsein von einem unendlichen, das ‚Ganze‘ symbolisierenden Interaktionszusammenhang aus der Innenperspektive von Beteiligten.

Dennoch oder umso mehr bleibt die Frage: Warum sollen Aussagen über die Gesellschaft als Ganzer in der Semantik des Politischen getroffen werden können? Wie lässt sich begründen, dass die Politik ein Konstituens gesellschaftlicher Integration darstellt und nicht nur ein ‚Teilsystem‘, das seinerseits übergeordneten Funktionsprinzipien gehorcht? Die Antwort führt zurück zum Pragmatismus, der die durch konkrete Interaktion gewonnenen Erfahrungen als Gewähr für ein plausibles Erfassen gesamtgesellschaftlicher Wirkungsprozesse betrachtet. Das Erkennen vollzieht sich auf der Basis von interaktivem Handeln, von realer Kooperation. „Übertragung und Wechselverkehr sind nicht nur das *Mittel* für den Fortbestand der Gesellschaft, sondern man kann sie geradezu als das *Wesen* der Gesellschaft bezeichnen.“ (Dewey 1993: 19) Daraus erwächst die enorme Bedeutung der politischen Sphäre und der Demokratie. Denn sie ermöglichen eine Handlungsform, in der Subjekte ihre Erfahrungen untereinander austauschen und sich zu einem Kollektiv lernender und zu Selbsterkenntnis führender Begegnung formieren. Insofern erscheint Dewey (2001: 129) die Demokratie als eine Realisierungsstufe von sozialer Integration, als „die Idee des Gemeinschaftslebens selbst“. Gesellschaftliche Integration vollzieht sich nicht nur *auch* auf der politischen Ebene, sondern ermöglicht dort *exponiert* ein Erkennen ihrer Funktionsprinzipien und Dynamiken.

Wir können also keinen aus einer externen Beobachterperspektive generierten Blick auf das Ganze der Gesellschaft beanspruchen. Aber wir müssen uns deshalb nicht mit der Konzentration auf gesellschaftliche Teilbereiche oder vorab definierte Güter bescheiden. Politische Theorie als Gesellschaftstheorie wird zu einem hermeneutischen Unternehmen, das die Aussagen über die ‚Gesellschaft‘ im Allgemeinen aus den Schlüssen ableitet, die es aus den Interpretationen politischen Handelns gewinnt.

2. Politische Theorie als Aufruf zum Handeln

Politische Theorie wird im Rahmen der akademischen Ausbildung überwiegend als eine Lehr- und Forschungstätigkeit begriffen, die sich dem Kanon der politischen Ideengeschichte widmet, Grundfragen gesellschaftlicher und politischer Organisation systematisch behandelt und Methodenprobleme aufarbeitet. Heins zielt dezidiert über dieses an den universitären Lehrplänen ausgerichtete Programm hinaus. Er fordert, dass sich Politische Theorie den politisch aktuellen normativen Problemstellungen widmen müsse und Antworten auf entsprechende Fragen und Konflikte bereitzuhalten habe. Politische Theorie soll unmittelbar auf die politische Praxis gerichtet sein. Das könnte man freilich noch schärfer akzentuieren.

Dazu ist ein Verweis auf einige frankophone politische Philosophen angebracht, beispielsweise auf Miguel Abensour. Die Aufgabe der Philosophin beziehungsweise des Philosophen besteht laut Abensour in der stimmigen Konzeptualisierung einer ‚politischen Philosophie‘, die sich nicht mit einer neutralen, bloß rezeptiven Aufarbeitung von Protagonisten und Modellen der politischen Ideengeschichte zufriedengibt, sondern die ganz grundsätzlich auf das plausible Begründen von politischem ‚Handeln‘ gerichtet ist (Abensour 2009; vgl. auch Richter 2015). Die Politische Philosophie hat laut Abensour nicht vorrangig für begründungsfeste Gewissheiten zu sorgen, mit denen sich vermeintlich unumstößliche Regeln zur idealen Gestaltung der politischen Sphäre gewinnen lassen. Sie hat stattdessen die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern zu Einsichten über ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am kollektiven Handeln und damit zur Beteiligung an den Begründungsspielen zu verhelfen, aber auch ganz praktisch zur politischen Gestaltungsfreiheit. Das erinnert an jenes Verständnis von politischer Philosophie, mit dem James Tully hervorgetreten ist: Politische Philosophie soll nicht einfach nur eine normative, von Grundwerten geleitete Idealisierung darstellen, sondern die herrschenden Formen der Politik kritisch beobachten und über reflexive Prozesse Alternativen zum Bestehenden erkennbar werden lassen. Sie soll damit im Hinblick auf das kritische Erkennen der Praxis wie auf das konkrete politische Handeln „transformierend“ wirken (Tully 2009). Abensour wie Tully bleiben dem Projekt einer ‚politischen Philosophie als kritische Praxis‘ verbunden.

Mit diesem Gegenstandsbereich stößt die Politische Theorie erneut zu einer sehr grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der ‚Politik‘ vor. Diese wird nicht schlicht als Ablauf öffentlicher Entscheidungsprozesse begriffen, sondern als Modus, in dem sich Individuen ihrer kollektiven Existenz bewusst werden und die Voraussetzungen, Formen und Folgen ihrer intersubjektivität begreifen. Abensour betont dementsprechend, dass es unmöglich sei, den Menschen außerhalb der Sphäre des Politischen zu verstehen. „Der Mensch erkennt und wiedererkennt sich nur insofern als universales Wesen [...], als er zur Sphäre des Politischen Zugang hat und sich das politische Element zu eigen macht. Es ist *sub specie rei publicae*, und nur so, dass der Mensch seine Bestimmung als soziales Wesen erfüllt. [...] Das politische Wesen, der sozialisierte Mensch, erweist sich bei genauerem Hinsehen in Wirklichkeit als das Wesen des Menschen“ (Abensour 2012: 136 f.). Die theoretische Auseinandersetzung mit der Politik verhilft zu der Möglichkeit, auf eine von Zwängen, Entfremdungen, Verstellungen und Interferenzen befreite Koexistenz hinzuarbeiten. Das verschafft der Politischen Theorie eminente handlungspraktische Relevanz.

Insofern richtet sich Abensours Anliegen, aber auch Heins’ Plädoyer, berechtigt gegen eine Sozial- und insbesondere Politikwissenschaft, die auf der Basis eines rein empi-

rischen Politikverständnisses alles das für Politik hält, was sie an kollektivem Handeln und an Institutionen des öffentlichen Lebens vorfindet. Es droht gewissermaßen permanent die Reduzierung der Politik auf eine zweckgerichtete Technik des Herrschens. Man ist dazu aufgerufen, und das hätte Heins noch pointierter zum Ausdruck bringen können, Widerstand gegen eine positivistische ‚Soziologisierung‘ der Politik zu betreiben. Es muss beharrlich gegen jenen Szientismus argumentiert werden, dessen Politikbegriff indifferent bleibt gegenüber den Motiven, Absichten, Bedürfnissen und Interessen der Akteure sowie gegenüber den Rahmenbedingungen, Kontexten, vor allem aber gegenüber den kämpferischen Antagonismen und Herrschaftsimplicationen, in denen sich das kollektive Handeln vollzieht.

Vor diesem Hintergrund erscheint es völlig plausibel, dass Heins (2015: 81 f.) die Konfliktlinien einer Krise politischer Repräsentation, die transnationale Diffundierung von Regelungskompetenz, die Verluste an gesellschaftlicher Solidarität und politischem Vertrauen sowie die Verkrustung der Demokratie erwähnt, deren sich die Politische Theorie eingehender zu widmen habe. Dieses Plädoyer bildet für ihn eine Art visionären Ausblick auf das Programm der Politischen Theorie und findet sich erst am Ende seiner Ausführungen. Entsprechende Erwartungen sind jedoch als implizite normative Elemente und Dynamiken einer Auseinandersetzung mit Politik zu begreifen und müssen schon am Anfang jeglicher Beschäftigung mit der Politischen Theorie stehen. Politische Theorie geht unversehens mit einem Aufruf zum Handeln einher.

3. Politische Theorie und Emanzipation

Diese Zuspitzungen führen zu einem letzten Punkt der Fortentwicklung von Heins' Aufgabenkatalog der Politischen Theorie. Sie muss als politische Handlungsanweisung immer auch die gesellschaftlichen Brüche, pathologischen Dynamiken und Konfliktlinien im Auge behalten, die sich in den Verwirklichungen kooperativen Handelns abzeichnen. Als ‚westliche‘ Theorie wird sie somit darauf gerichtet sein, die Krise der abendländischen Moderne mit ihrem einseitigen, in sozialökonomischer Logik zum Ausdruck gelangenden Rationalismus zu entlarven. Gleichzeitig muss sie aber als normative Orientierungshilfe in diesen Entfremdungsprozessen die Gegenkräfte identifizieren und stärken können, die der Befreiung des Menschen aus einer nur als Sachzwang, systemkonformer Ordnung, Disziplinierung und Fremdbestimmung verstandenen Rationalität zum Durchbruch verhelfen. Die Politische Theorie hat in einem umfassenden Wortsinne ‚Regimekritik‘ zu betreiben, nämlich die Kritik an einer vergegenständlichten, aber auch an einer internalisierten instrumentellen Vernunft, die sich in den realen Interaktionsformen wie im Bewusstsein der Menschen eingenistet hat. Deshalb schließt eine so verstandene Politische Theorie an das Projekt einer *Emanzipation* an. Diesen Ausblick hätte Heins' seinem eigenen Programm durchaus anfügen können.

Allerdings lässt sich lediglich ein Verständnis von Emanzipation reklamieren, das sich nicht mit den gängigen Vorstellungen gruppenspezifischer Anspruchshaltungen und definitiven Erfüllungsansprüchen deckt. Vielmehr wird in dem Verweis auf die Emanzipation eine *utopische* Dimension der normativen Zielmarken kollektiven Handelns angesprochen. Das führt zurück zum gesellschaftstheoretischen Anspruch einer Politischen Theorie. Denn sie soll eine kritische Gesamtschau auf die Gesellschaft schlechthin betreiben, in der Alternativen erkennbar werden, ohne in dem Anspruch aufzugehen, klare We-

ge zu ihrer Erreichung aufzeigen zu können. Die Emanzipation muss erstrebt werden, aber unter der Bedingung eines Wissens um ihre Unerreichbarkeit. Auch dazu hat Miguel Abensour wertvolle Gedanken beigetragen. Die Emanzipation ist in seinem Verständnis die im konkreten politischen Handeln verortete *Imagination* von einer freien und befreiten „Menschheit“, die aber ein „nicht materialisierbares Ideal“ bleibt (Abensour 1974: 69). Die Utopie ist kein ‚Wissen‘ über die Zielbestimmungen kollektiver Selbstentfaltung, sondern sie ist eine Form des Denkens darüber, dass es das Bestreben zur Entfaltung einer auf Selbstentfaltung gerichteten Dynamik geben muss (Abensour 2009: 359). Jacques Rancière (2008: 23) verweist komplementär auf die wachsame Einspruchshaltung, die aus der Emanzipation erwächst: „Die Emanzipation beginnt dann, wenn man den Gegensatz zwischen Sehen und Handeln in Frage stellt, wenn man versteht, dass die Offensichtlichkeiten, die so die Verhältnisse zwischen dem Sagen, dem Sehen und dem Machen strukturieren, selbst der Struktur der Herrschaft und der Unterwerfung angehören.“

Hannah Arendts Figur der „vita activa“ umschreibt das dynamisierende Handlungsmodell, das diesem emanzipatorischen Bestreben dient. Politische Theorie muss also diese ‚human activity‘ als Quelle der Präsenz von Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum und als deren Streben nach den Verheißungen eines Reiches der Freiheit im Blick behalten – und befördern. Dieser Aufruf zum ‚Handeln‘ bedeutet realpolitisch ein stetiges ‚Eingreifen‘ und ‚Unterbrechen‘: „Ohne diese Fähigkeiten des Neubeginnens, des Anhaltens und des Eingreifens wäre ein Leben, das, wie das menschliche Leben, von Geburt an dem Tode ‚zueilt‘, dazu verurteilt, alles spezifisch Menschliche immer wieder in seinen Untergang zu reißen und zu verderben.“ (Arendt 1981: 315 f.). Dieses Handeln ‚emanzipiert‘ die Akteurinnen und Akteure vom bloßen ‚Arbeiten‘ und ‚Herstellen‘, und damit auch von der Trägheit aller anderen, nichtmenschlichen Existenzformen. Daraus erwächst politische Freiheit: ‚Freiheit‘ bedeutet die Freiheit zum Handeln in der öffentlichen Sphäre in emanzipatorischer Absicht.

Damit sind einige Entwicklungsdynamiken jenes Programms aufgezeigt, das Heins in seinem Beitrag skizziert. Sie verdeutlichen, dass die Politische Theorie ein breit angelegtes Potential birgt, das – in der Terminologie von Heins – durchaus jene Aussicht auf „Fortschritt“ bedienen kann, die er beschwört. Die „Güter“ der Stabilität des Gemeinwesens, der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls, die Heins als Gegenstandsbereich der Politischen Theorie identifiziert, lassen sich in einer solchen Perspektivenerweiterung den übergeordneten Funktionen einer gesellschaftstheoretischen Positionierung, eines Begründens von politischem Handeln und einer emanzipatorischen Dynamik zuordnen. Die „Güter“ erweisen sich letztendlich als bloße konzeptionelle Anreize, um die übergeordneten Funktionsbereiche ihrer Generierung mit Hilfe der Politischen Theorie zu identifizieren und zu problematisieren. Man könnte auf dieser Basis die von Heins bemühten Referenzen auf Leitautorinnen und -autoren der politischen Ideengeschichte nun erneut daraufhin rekapitulieren, wo bereits entsprechende Versuche der Zuordnung zu einem übergeordneten ‚Ganzen‘ erkennbar werden.

Literaturverzeichnis

- Abensour, Miguel, 1974: L’histoire de l’utopie et le destin de sa critique II. In: Textures 8–9, 55–81.
 Abensour, Miguel, 2009: Pour une philosophie politique critique. Itinéraires, Paris

- Abensour, Miguel, 2012: Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment. Aus dem Französischen von Andrea Hemminger, Berlin.
- Arendt, Hannah, 1981: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München.
- Bourdieu, Pierre, 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt (Main).
- Castoriadis, Cornelius, 1990: Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt (Main).
- Dewey, John, 1993: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Jürgen Oelkers, Weinheim.
- Dewey, John, 2001, Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hans-Peter Krüger, Berlin / Wien.
- Fischer, Karsten, 2014: Liberaler Agnostizismus, oder: Der Vorrang der Freiheit vor der Wahrheit. Eine politische Sinngeschichte. In: Oliver Flügel-Martinsen / Daniel Gaus / Tanja Hitzel-Cassagnes / Franziska Martinsen (Hg.), Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden, 103–134.
- Heins, Volker M., 2015: Fortschritt und Ironie in der Politischen Theorie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 6, 75–83.
- Laclau, Ernesto, 1990: New Reflections on the Revolution of Our Time, London / New York.
- Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin.
- Rancière, Jacques, 2008: Der emanzipierte Zuschauer, Wien.
- Richter, Emanuel, 2015: Miguel Abensour: Politische Philosophie als Staatskritik. In: Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinsen (Hg.), Demokratietheorie und Staatskritik aus Frankreich. Neuere Diskurse und Perspektiven, Stuttgart, 89–107.
- Sigwart, Hans-Jörg, 2012: Politische Hermeneutik. Verstehen, Politik und Kritik bei John Dewey und Hannah Arendt, Würzburg.
- Tully, James, 2009: Politische Philosophie als kritische Praxis, Frankfurt (Main) / New York.